

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Thomas Berger

25.05.2021

Zuspitzung in Westneuguinea

Konflikt zwischen Befreiungsbewegung und indonesischen Kolonialisten



EPA/ADI WEDA

Proteste von Unabhängigkeitsbefürwortern aus Westpapua in Indonesiens Hauptstadt Jakarta (1.12.2016)

Wirklich ruhig war es in Westneuguinea, der mittlerweile in zwei Provinzen aufgeteilten Region im äußersten Osten Indonesiens, in den vergangenen Jahrzehnten nur selten. Der Konflikt um die Eigenstaatlichkeit köchelt ständig mindestens auf kleiner Flamme. Immer wieder wurde der Befreiungskampf auch gewaltsam geführt. Momentan richten sich viele Blicke wieder besorgt auf diesen Teil der Insel. Es ist erst wenige Tage her, dass Indonesiens Regierung weitere 400 Soldaten einer berüchtigten Armeeeinheit in das Gebiet verlegte, das ohnehin so militarisiert ist wie kein anderer Teil des ausgedehnten Inselstaates. Neue Menschenrechtsverletzungen werden befürchtet.

Ausgelöst wurde die neuerliche Eskalation am 25. April, als Gusti Putu Danny Nugraha ums Leben kam. Der Offizier wurde auf einer Patrouille durch einen Kopfschuss getötet,

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

mutmaßlich durch Angehörige der Nationalen Befreiungsarmee Westpapas (TPNPB), dem bewaffneten Arm der Bewegung Freies Papua. Die Rebellengruppe übernahm kurz darauf selbst die Verantwortung für den Vorfall. Der Brigadegeneral war der Geheimdienstchef in der Region – und bekannt dafür, dass er seinen Dienst nicht nur vom Schreibtisch aus versah, sondern seine Männer öfter begleitete. So auch bei jener Patrouillentour, die wiederum stattfand, nachdem die Untergrundkämpfer einige Tage zuvor zwei Lehrer getötet hatten, die verdächtigt worden waren, Zuträger des Geheimdienstes gewesen zu sein.

Für Indonesiens Präsident Joko Widodo alias Jokowi war Nugrahas Tod Anlass, gleich am Folgetag eine militärische Operation gegen die Befreiungskämpfer einzuläuten. Die 400 kampferprobten Soldaten, die zur Aufstockung der ohnehin in der Region stationierten Einheiten entsandt wurden, gehören zum 315. Garuda-Bataillon, das den Spitznamen »Truppe Satans« trägt und bereits für frühere Menschenrechtverletzungen im mittlerweile unabhängigen Timor-Leste (Osttimor) verantwortlich gemacht wird. Einwohner mehrerer Dörfer sollen inzwischen geflüchtet sein, in der Regionalhauptstadt Jayapura und umliegenden Gebieten gibt es seit Ende April keinen Zugang zum Internet.

Für weitere Schlagzeilen sorgte die Festnahme von Victor Yeimo am 9. Mai. Der Vorsitzende und internationale Sprecher des Nationalkomitees Westpapua (KNPB), einer Organisation, die sich für ein Unabhängigkeitsreferendum einsetzt, war von den indonesischen Behörden wegen einer Reihe von gewaltsamen Zusammenstößen 2019 gesucht worden, für die er angeblich verantwortlich sein soll. Die Proteste vor zwei Jahren hatten sich an einem Vorfall in Surabaya, der zweitgrößten Metropole Indonesiens, entzündet, wo ein Mob Studierende aus Papua unter anderem als »Affen« beschimpft hatte. Yeimo droht nun eine Anklage wegen Aufruhrs, was ihm eine lebenslängliche Freiheitsstrafe einbringen könnte. Zudem würden weitere Vorwürfe für den Prozess vorbereitet, hieß es.

Solche Meldungen lassen nicht nur bei Veronica Koman die Alarmglocken schrillen. Yeimos Verteidigerin, eine bekannte Menschenrechtsanwältin, hat gemeinsam mit der britischen Organisation TAPOL die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eingeschaltet. Eine größere Untersuchung der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte hatte schon im April der Rat der Kirchen von Westpapua gefordert. Die UN-Kommissarin

Michelle Bachelet selbst sprach bereits Ende Februar bezüglich Westneuguineas von einer »alarmierenden Situation«.

Joko Widodo war zu Beginn seiner ersten Amtszeit als Präsident ab 2014 zunächst bemüht gewesen, dem Papua-Konflikt etwas von seiner Schärfe zu nehmen, hatte demonstrativ fünf Gefangene freigelassen und die vorher abgeschottete Region wieder für Journalisten geöffnet. Inzwischen ist er auf die harte Linie seiner Vorgänger umgeschwenkt. Neuerdings hat die Regierung sogar die TPNPB offiziell als Terrororganisation eingestuft. Widodo, der die Doppelprovinz insgesamt sechsmal persönlich besucht hat, ohne dass dies mit Blick auf Versöhnung oder zumindest Entgegenkommen mehr als Symbolcharakter gehabt hätte, fiel zuletzt außerdem durch eine geradezu martialische Wortwahl in Richtung der Unabhängigkeitsbewegung auf.

Junge Welt 25.05.2021